

A2 Zukunft und soziale Gerechtigkeit: Das Kurzwahlprogramm der Grünen Jugend Saar zur Landtagswahl 27.03.2022

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.01.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Wahlprogramm der GJ Saar

Antragstext

- 1 Zukunft und soziale Gerechtigkeit: Das Kurzwahlprogramm der Grünen Jugend Saar
- 2 zur Landtagswahl 27.03.2022

3 Inhaltsverzeichnis:

4 Präambel

5 Soziale Gerechtigkeit / Wirtschaft

6 Selbstbestimmung

7 Gendergerechtigkeit

8 Bildung

9 Corona und Gesundheit

10 Verkehr

11 Digitalisierung

12 Ausblick

13 Präambel

- 14 Der anhaltende Stillstand der "Großen Koalition" lähmt das Bundesland bis ins
- 15 Jahr 2022. Damit muss jetzt Schluss sein: Jetzt ist die Zeit, um für eine
- 16 gerechtere Welt zu kämpfen. Mit diesen Forderungen wollen wir die Weichen für
- 17 eine offenere und solidarischere Gesellschaft setzen, die eine deutliche
- 18 junggrüne Handschrift trägt. Mit progressiven Ideen und Tatkraft möchten wir die
- 19 Chance zum gemeinsamen Aufbruch nutzen. Das heißt: Schluss mit Untätigkeit und
- 20 Verantwortungslosigkeit. Die Landtagswahl 2022 muss der Beginn der
- 21 Transformation unseres Landes sein. Wir fordern Zukunftsaussichten und gerechte,

22 soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Wir möchten ein Saarland, das eine starke
23 und nachhaltige wirtschaftliche Grundlage hat. Eine Mobilität ohne Auto,
24 stattdessen für Menschen, einen öffentlichen Raum, indem alle leben und bleiben
25 möchten und eine sozial gerechte Teilhabe aller Gesellschaftsgruppen.

26 Das Saarland wird immer weiter abgehängt. Laut Schätzungen sollen im Jahr 2060
27 300.000 Menschen weniger im Saarland leben als heute. Gerade die Attraktivität
28 des Saarlandes für junge Menschen ist gering. Dorfgemeinschaften schwinden,
29 während sich Angebote in wenige Städte verlagern. Mehr Menschen ziehen weg,
30 während immer weniger junge Menschen ihre Chancen im Saarland sehen. Wir wollen
31 Chancen nutzen - und das Saarland als lebenswerten Ort auch in Zukunft erhalten.
32 Wir haben Lust auf Zukunft!

33 **Soziale Gerechtigkeit!**

34 Ohne Zweifel müssen wir den Klimawandel und seine Folgen dringend bekämpfen. Das
35 Bundesverfassungsgericht hat mit seinem historischen Urteil deutlich gemacht,
36 dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung unzureichend ist. Wenn wir die
37 Treibhausemissionen bis zum Jahr 2030 reduzieren wollen, müssen wir jetzt
38 handeln. Klar ist: Konsequenter Klimaschutz ist ein Garant für Freiheit. Nur mit
39 der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens kann die drohende Klimakatastrophe
40 abgewendet werden. Wir haben bis zum 1,5 °C Klima-Kipppunkt noch sieben Jahre
41 und sechs Monate. Wenn wir diese Marke erreicht haben, ist das irreparabel. Es
42 wird eine Kettenreaktion ausgelöst und wir haben versagt. Bisher messen wir eine
43 Erwärmung der Städte um 1,2 °C.

44 Deutschland ist historisch für 5 % der CO₂-Emissionen verantwortlich, der
45 Strommix im Saarland ist bundesweit unterdurchschnittlich schlecht, mit gerade
46 einmal 20 % erneuerbaren Energien.

47 Anpacken möchten wir die Defizite in Sachen Klimaschutz mit einem "Saar-
48 Klimaschutzgesetz".

49 Wir fordern ein saarländisches Klimaschutzgesetz, dass die Strategie der
50 folgenden Landesregierungen im Klimaschutz mit verbindlichen Reduktionszielen
51 festsetzt. Wir brauchen verbindliche gesetzliche Normen statt lasche
52 Versprechen.

53 Ziel muss es sein, bis mindestens 2035 Netto-Null Treibhausgasemissionen zu
54 erreichen. 100 % erneuerbare Energien bei Strom und Wärme bis 2035 sind daher
55 ein Ziel zur Erreichung von Paris.

56 Dazu gehört die Klimaanpassung der Kommunen mithilfe grüner Innenstädte und
57 Märkte bis 2028 landesweit. Wir fordern mehr Grünanlagen im öffentliche Raum.
58 Insbesondere die Begrünung von Bushaltestellen und Gebäuden der Kommunen sollen
59 ausgebaut werden. Dabei sind Fassaden/- und Dachbegrünungen, sowie autofreie
60 Stadtkerne zur Steigerung der Aufenthaltsqualität obligatorisch. So sind
61 verbindliche Ziele für mehr Begrünung in Kommunen festzusetzen. Eine Pflicht zum
62 Bau von Photovoltaikanlagen bei privaten Neubauten soll überprüft werden, um
63 unabhängige Stromleistung während Flautezeiten im Energienetz besser
64 bereitstellen zu können. Förderungen zur Anschaffung von PV-Anlagen für eine
65 soziale Umsetzung sind erforderlich.

66 Wir wollen die Rate der Flächenversiegelung bis zum Jahr 2030 halbieren. So kann
67 auch ein neues Flächenversiegelungsprinzip zur Versiegelung der einen Fläche und
68 die damit einhergehende Verpflichtung zur Entsiegelung anderer Flächen
69 ermöglichen. Mit 5,8 % Bodenversiegelung liegt das Saarland über dem
70 bundesweiten Durchschnitt.

71 5 % des saarländischen Waldes soll aus der Nutzung genommen werden, damit die
72 Resistenz und Resilienz der Wälder gestärkt werden. Der Klimawandel hat ihnen in
73 den vergangenen Jahren zu schaffen gemacht und der monokulturelle Bewuchs von
74 Flachwurzeln ist Ursache der Erodierung des Bodens und dem Versickern von
75 Giftstoffen ins Grundwasser. Eine Förderung der Biodiversität in Forstbeständen
76 im Hinblick auf die steigende Belastung durch den fortschreitenden Klimawandel
77 halten wir für unabdingbar.

78 Dazu sehen wir einen Klimarat vor, bestehend aus Bürger:innen und
79 Wissenschaftler:innen, der die Landesregierung bei Entscheidungen bezüglich des
80 Klimaschutzes beraten soll.

81 Im Bereich Energie sind die Ziele der Landesregierung, bis 2030 nur 40 % des
82 Energiemix mithilfe erneuerbarer Energien zu versorgen, viel zu unambitioniert:
83 Nichts anderes als die Systemsicherheit unserer Energieversorgung steht zur
84 Debatte. Wir setzen uns deshalb für Speichersysteme zur Sicherstellung
85 gesicherter Leistung im Netz ein. So sehen Expert:innengremien der deutschen
86 Energieagentur oder des Energieherstellers Greenpeace Energy Windgas, Power2Gas
87 und andere Speicherformen als systemrelevant und unerlässlich an. Kostenvorteile
88 in Höhe von 1,4 -18 Milliarden Euro entstehen bei über 70 - 85 % Anteil
89 erneuerbarer Energien am Strommix. So kann eine Versorgungssicherheit von morgen
90 an aufgebaut werden, statt die Energiewende immer weiter zu verzögern.

91 Der Verlust von über 40.000 Arbeitsplätzen steht bevor: Bis 2060 könnten bis zu
92 300.000 Menschen weniger im Saarland leben. So stellt sich das Problem der
93 Transformation von verloren gegangenen Arbeitsplätzen. Wenn keine Zukunftsangebote
94 aus der Politik an die Menschen gegeben werden, wird das ein massives Wegziehen
95 auslösen. Den Verlust von Arbeitsplätzen möchten wir durch bezahlte
96 Weiterbildungsangebote abfedern. Menschen müssen darauf bauen können, dass
97 während Umschulungen, die dahinterstehenden Familien, bzw. Bedarfsgemeinschaften
98 weiterhin finanziell unterstützt werden - beispielsweise durch
99 Überbrückungshilfen. Es ist unwürdig von Menschen zu verlangen über 2 Jahre kein
100 angemessenes, wertiges Gehalt anzunehmen, um eine zukunftsichere Umschulung
101 machen zu können. Die fehlenden Anreize sorgen für ein Verkümmern von
102 Arbeitsplätzen in der Industrie. Die Transformation zur sozial-ökologischen
103 Marktwirtschaft kann nur sozial gerecht gelingen. Andernfalls ist eine
104 Transformation unserer Energie, unserer Kommunen und des Verkehrs nicht möglich.

105 Uns ist bewusst, dass soziale Gerechtigkeit Hand in Hand mit einer sozial-
106 ökologischen Wirtschaft gehen muss. Der bevorstehende Wandel bedeutet im
107 Saarland mehr Chancen als Risiken. Dieser Wandel bedeutet zwar einerseits einen
108 Rückgang mancher Jobs, wie beispielsweise in der Automobilindustrie,
109 andererseits entstehen laut dem Informationsdienst des Instituts der deutschen
110 Wirtschaft (iwd) aber fast 500.000 neue Jobs in der Wasserstoffwirtschaft, und
111 somit auch entsprechend viele im Saarland. Für uns es ist absolut notwendig,
112 dass wir gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft im Saarland diesen Wandel mit
113 Weitblick gestalten. Ein erster Schritt wäre beispielsweise die Etablierung

114 eines Auffang-Fonds, der Menschen, die in Jobs arbeiten, welche durch den
115 wirtschaftlichen Wandel gefährdet sind, finanziell absichert. Zudem müssen die
116 Weiterbildungen und Umschulungen finanziert werden, die notwendig sind, um genau
117 diese Menschen wieder zurück in das Berufsleben zu integrieren.

118 Eine weitere Chance, die das Saarland hat, ist seine Größe. Da das Saarland im
119 Vergleich zu anderen Bundesländern relativ klein ist, bietet es sich perfekt an
120 für ein modernes, soziales und ökologisches Wirtschaften. Es bietet gute
121 Grundlagen, um beispielsweise Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Energieerzeugung
122 und nachhaltige Produktion zu etablieren. Es ist uns auch bewusst, dass sowohl
123 öffentliche als auch private Gelder für diese Transformation bereitgestellt
124 werden müssen. Es mangelt weder an Technologien noch an Ideen und Konzepten, um
125 sowohl Wohlstand als auch Klimaschutz zu maximieren. Der fehlende politische
126 Wille blockierte Fortschritt bis jetzt: Stoßen wir Veränderung an!

127 Wir wollen zudem Ausbildungsberufe stärken und attraktiver machen. Staatlich
128 anerkannte Ausbildungen sollen in Zukunft die Auszubildenden nichts mehr kosten
129 und ggf. vom Land übernommen werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern.

130 Wir fordern zu Beginn einer Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme, in der alle
131 notwendigen Investitionen in Infrastruktur, sozialer Wandel, ökologischer
132 Wandel, etc. aufgelistet und transparent gemacht werden. Eine Bündelung von
133 privaten und öffentlichen Geldern zur Förderung und Transformation von
134 ansässigen Unternehmen, um diese für die Zukunft aufzustellen sowie die Prüfung
135 von steuerlichen Vorteilen für Unternehmen, die nachweislich klimaneutral,
136 beziehungsweise sozial ökologisch handeln ist absolut notwendig. Weiter wollen
137 wir mehr und vor allem unbürokratische Förderung von Gründer:innen - von der
138 Idee bis zum laufendem Unternehmen.

139 Darüber hinaus braucht es breiter aufgestellte, modernere und vor allem
140 kostenfreie Karriere-Beratungsangebote schon in der Schule. Dies ist relevant,
141 um Menschen schon früh konkret dabei zu unterstützen, ihre Ziele später im Leben
142 zu erreichen.

143 Das Land soll, insbesondere für einkommensschwache Gruppen, beispielsweise durch
144 Bildungsgutscheine, gute Aufstiegschancen im Berufsleben ermöglichen. Es braucht
145 eine stärkere Kooperation zwischen Unternehmen und der Landesregierung, um den
146 Wandel sicher und zielgerichtet voranzutreiben.

147 Transformation gestalten

148 Es ist uns wichtig, dass jeder die Möglichkeit hat sein Leben
149 selbstbestimmt zu gestalten. Dies müssen wir gewährleisten, indem wir
150 finanzielle Hürden abbauen, die Herkunft weniger, am besten gar keine Rolle mehr
151 spielt, und wir schon früh in der Schule auch alternative Wege aufzeigen und sie
152 entsprechend beraten können.

153 Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist, dass die Unternehmen hier im Saarland
154 für die Zukunft angepasst sind. Um das zu bewerkstelligen, wollen wir
155 öffentliche und private Gelder nutzen, und gemeinsam mit den Unternehmen
156 verbindliche Strategien ausarbeiten, die mit dem 1,5° Ziel konform und sozial-
157 ökologisch sind. Außerdem möchten wir massiv Start-ups unterstützen, da diese
158 nicht nur den Wettbewerb verstärken, sondern auch häufig ein Ort sind, an dem
159 moderne Arbeitskonzepte, flache Hierarchien und vor allem technischer
160 Fortschritt entstehen. Insbesondere an dieser Stelle können wir die Stärken des

161 Saarlandes nutzen: Dank der Lage im Herzen Europas besteht eine gute Anbindung
162 zu Frankreich und Luxemburg, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
163 vereinfacht. Gleichzeitig kann die vorhandene IT-Expertise im Saarland,
164 insbesondere die Saar-Uni, genutzt werden, um grüne Innovationen voranzutreiben.

165 Wir möchten die Infrastruktur im Saarland ausbauen und modernisieren. Dabei
166 möchten wir sowohl von staatlicher als auch privater Seite alle möglichen
167 Methoden nutzen. Dazu zählt auf der einen Seite beispielsweise der verstärkte
168 Ausbau von sicheren Radverkehrsnetzen, wie beispielsweise in den Niederlanden,
169 aber auch der Ausbau von Glasfasertechnologie und der verstärkten Nutzung von
170 Schienenverkehr. Dies ist nicht nur nachhaltiger, sondern auch gesünder für die
171 Menschen. Außerdem wird dieser Ausbau auch gut bezahlte neue Jobs generieren und
172 kann somit die Arbeitslosigkeit im Saarland reduzieren.

173 Im Saarland leben viele Kinder in Armut. Das betrifft mehr als jedes fünfte
174 Kind. Die Kinderarmut wurde hier im Saarland viel zu wenig beachtet. Wir wollen
175 eines Masterplan gegen Kinderarmut!

176 Weiter sprechen für uns für eine Ausbildungsgarantie aus, um langfristig
177 Jugendarbeitslosigkeit gezielt einzudämmen.

178 Zusätzlich setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG ein und wollen
179 Startstipendien für Anfänger:innen einer Berufsausbildung.

180 **Selbstbestimmung für junge Menschen**

181 Wir fordern mehr Raum für junge Menschen sowie mehr Mitsprache. Jugendliche
182 sollten in den Kommunalparlamenten mitbestimmen dürfen und ein Vetorecht in
183 Bezug auf Angelegenheiten haben, die sie selbst unmittelbar betreffen, also
184 Themen des öffentlichen Raums, der Jugend und der Kultur. Bei einem massiven
185 demografischen Wandel muss es eine Mitbestimmungsmöglichkeit geben, wenn
186 Gemeinden nicht weiter junge Menschen verlieren wollen. Machen wir das Saarland
187 durch moderne und innovative Politik zukunftsfähig!

188 Selbstbestimmung bedeutet auch den passenden Ausgleich von Sicherheit auf der
189 einen Seite und von Freiheit auf der anderen Seite zu finden. Kommunale
190 Ordnungsdienste dürfen nicht zur Ersatzpolizei gemacht werden: Die Vorschläge
191 zur Bewaffnung der Kommunalen Ordnungsdienste lehnen wir ab. Diese werden weder
192 den Bürger:innen, noch den Polizist:innen oder dem Ordnungsamt gerecht. Darüber
193 hinaus wollen wir den Gesetzgebungsaktionismus beenden: Die personelle und
194 finanzielle Ausstattung der Polizei ist wesentlich effektiver, als immer
195 schärfere Befugnisse. Dazu braucht es auch eine Neufassung des saarländischen
196 Polizeigesetzes und die Rücknahme der Polizeireform. Die Ursachen von Gewalt und
197 Kriminalität müssen besser erforscht werden, um präventiv dagegen vorzugehen.
198 Wir fordern, dass Sozialarbeit und Polizei besser koordiniert werden, um in
199 Brennpunkten die Ursachen anzugehen und nachhaltig Kriminalität zu bekämpfen.
200 Außerdem müssen die Sozialarbeit und andere Angebote im sozialen Bereich
201 gestärkt werden.

202 Vor allem engagierte Menschen werden immer häufiger Opfer von Hassrede, sog.
203 "Hatespeech" im Internet. Wir wollen eine zentrale Stelle gegen Hatespeech
204 etablieren. Darüber hinaus braucht es Sensibilisierungen und Schulungen für
205 Beamte:innen, um gegen Rassismus in der Polizei vorzugehen. In diesem Kontext

206 muss eine Studie über Rassismus in der saarländischen Polizei durchgeführt
207 werden. Das entspricht keinem Generalverdacht gegenüber Beamt:innen, sondern
208 stellt nur sicher, dass die Sicherheitsbehörden mit dem staatlichen
209 Gewaltmonopol keine Sicherheitslücken im Rechtsstaat zulassen.

210 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Thema der inneren Sicherheit. Wir
211 wollen, dass die Rechte von Frauen und Mädchen gestärkt werden. Es braucht
212 dringend eine Strategie, um den Schutz von Frauen und Mädchen zu gewährleisten.
213 Die Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen auch für das Thema sexuelle
214 Gewalt sensibilisiert werden. Wir fordern Sicherheitskonzepte, die besonders von
215 sexueller Belästigung oder von Gewalt betroffenen Frauen* im Blick zu haben und
216 die Expertise von Frauen*-Hilfstrukturen mit einzubeziehen.

217 Schon vor der Pandemie fehlten im Saarland Plätze in Frauenhäusern oder diese
218 wiesen überwiegend unzureichende Unterstützungsangebote aus.

219 Mittlerweile hat sich diese Situation verschärft und häusliche Gewalt an
220 Frauen*, Jugendlichen und Kindern nimmt immer weiter zu. Neun von zehn
221 Psycholog:innen stimmen zu, dass die Dunkelziffer von Fällen häuslicher Gewalt
222 sehr hoch ist, darauf weist eine Studie über „Psychische Gesundheit in der
223 Krise“ der Pronova BKK hin. In jedem 15. Haushalt sind Kinder von Gewalt
224 betroffen, sie sind klare Leidtragende der Pandemie. Um dem entgegenzuwirken,
225 soll ein landesweiter Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei
226 geschlechtsspezifischer Gewalt und häuslicher Gewalt an Kindern etabliert und
227 die Kapazitäten sowie Betreuung in Frauenhäusern ausgebaut werden. Dabei sollte
228 die Beratungs- und Aufklärungsarbeit nicht auf Hilfsorganisation abgelegt,
229 sondern vielmehr qualifizierte Psycholog:innen einbezogen werden. Ebenso gilt
230 es, das Angebot an Schulen auszuweiten, um niedrigschwellige, nahe und
231 unkomplizierte Beratung sicherzustellen.

232 Da Jugendliche und junge Menschen gegenüber Gewalt oder Missbrauch besonderen
233 Schutz bedürfen und auf der anderen Seite Präventionsprogramme nutzen können,
234 die den Umgang mit dem eigenen Hang zu Gewalt beibringen, sollen Programme wie
235 „Kein Täter werden“ und ähnliche Angebote etabliert werden. Zudem muss die
236 Beratungsstruktur für Betroffene an Schulen durch gezielte Schulung der
237 Sozialarbeiter:innen und Psycholog:innen weiterhin ergänzt werden.

238 Selbstbestimmung heißt auch für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft
239 einzutreten und diese konkret voranzutreiben. Die Etablierung einer
240 saarländischen Antidiskriminierungsstelle ist nötig: Politisch motivierte
241 Straftaten sind im Jahr 2019 im Saarland um mehr als (von 307 auf 366 Delikte)
242 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Darunter zählt auch die „Hasskriminalität“, zu
243 der homophobe, transphobe, biphobe, aber auch rassistische, fremdenfeindliche
244 und antisemitische Angriffe gezählt werden, wobei die Dunkelziffer vermutlich
245 viel höher liegt. Neben der Prävention dieser Delikte muss für die Opfer solch
246 motivierter Straftaten dringend mehr getan werden. Bisher haben acht
247 Bundesländer eigene Landesantidiskriminierungsstellen. Das Saarland muss hier
248 nachlegen und eine eigene Stelle auf Landesebene einrichten.

249 Außerdem brauchen wir eine spezifischere Aufschlüsselung der jährlichen
250 polizeilichen Kriminalstatistik hinsichtlich queerfeindlicher Straftaten, um
251 Tendenzen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

252 **Gendergerechtigkeit**

253 Wir möchten geschlechtergerechte und vorurteilsfreie Berufs- sowie
254 Zukunftsberatung an Schulen und Arbeitsämtern, um damit eine möglichst breite
255 Basis für die Entscheidungsfindung und Lebensgestaltung Jugendlicher und junger
256 Erwachsener zu schaffen. Die Beratung junger Menschen darf nicht von
257 Rollenbildern oder Stigmata beeinflusst werden.

258 Beratungsstrukturen im Saarland bezüglich Sexualität oder geschlechtlicher
259 Identität sind mehr als dürftig. Besonders queere Jugendliche wissen oftmals
260 nicht, an wen sie sich mit ihren Sorgen und Gedanken wenden können und finden
261 sich gefangen in einem Netz aus Stigmatisierung wieder. Oftmals besteht keine
262 Chance sich aus diesem System zu befreien oder bisher zuständige Anlaufstellen
263 sind nicht ausreichend spezialisiert. Deswegen ist zwingend die Einrichtung von
264 Beratungsstellen explizit für queere Jugendliche und junge Menschen nötig, um
265 besonderen Schutz, sowie Stabilität für diese vulnerablen Gruppen gewährleisten
266 zu können und sie auf ihrem Weg der Selbstfindung zu unterstützen. Besonderes
267 Augenmerk sollte dabei auf Anlaufstellen im ländlichen Raum gelegt werden. Die
268 persönliche Hemmschwelle, solche Institutionen aufzusuchen oder an
269 Informationsprogrammen teilzunehmen, sollte so gering wie möglich sein. Darüber
270 hinaus sind Jugendliche und junge Menschen oftmals an ihr Umfeld gebunden, was
271 ihre unabhängige Mobilität beeinträchtigen kann. Infolgedessen können
272 entferntere städtische Einrichtungen nur schwer selbstständig erreicht werden.
273 Dies darf kein Hindernis sein, die zustehende Beratung in Anspruch zu nehmen.

274 Laut dem Statistischen Bundesamt sind 71 % der Frauen*, die einen
275 Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen, zwischen 18 und 34 Jahren alt,
276 weitere 17 % sind unter 18 Jahren alt. Somit ist die Hauptgruppe, die von § 218
277 StGB betroffen sind, junge Menschen. Nachdem nun die Streichung des § 219 StGB
278 im Koalitionsvertrag festgehalten wurde, soll sich das Saarland für die
279 Streichung des § 218 StGB und damit die Entkriminalisierung von
280 Schwangerschaftsabbrüchen auf Bundesebene einsetzen. Stattdessen erwarten wir
281 die Regelung von Abtreibungen außerhalb des Strafgesetzbuches. Junge Menschen
282 dürfen nicht durch Kriminalisierung in ihrer Entscheidungsfindung beeinträchtigt
283 oder verängstigt werden. Beratung darf nicht voreingenommen sein und kein Bild
284 von unzuverlässigen oder unverantwortlichen jungen Schwangeren zeichnen.

285 Um eine zukunftsfähige Grundlage für die junge LGBTQIA+ Community zu schaffen,
286 muss in nächster Zukunft final der Landesaktionsplan „Vielfalt sexueller und
287 geschlechtlicher Identitäten akzeptieren - gegen Homo- und Transfeindlichkeit“
288 zügig umgesetzt und stetig ergänzt werden. Zudem ist es sinnvoll, ein System zu
289 entwickeln, mit dem die Wirksamkeit des Landesaktionsplans überprüft werden
290 kann.

291 **Bildung**

292 Junge Menschen sind in der Pandemie eine vergessene Zielgruppe. Die
293 Schüler:innen haben durch den – insbesondere zu Beginn der Pandemie – schlecht
294 organisierten Distanzunterricht ein erhebliches Bildungsdefizit erlitten, das
295 sozial benachteiligte Menschen härter trifft als andere. Studierende wurden in
296 der Krise nicht beachtet, obgleich sie einerseits das studentische kulturelle
297 Leben verpassen und andererseits hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind.

298 Zudem sind die finanziellen Auswirkungen immens, da viele Studierendenjobs,
299 besonders in der Gastronomiebranche, schon zu Beginn der Pandemie wegfielen.

300 Um den Folgen der Pandemie entgegenzuwirken, möchten wir eine freiwillige
301 Ferienschule mit individuellen und modularen Unterrichtseinheiten konzipieren.
302 Ergänzend dazu braucht es ein breit angelegtes Nachhilfeprogramm.

303 Die onLeihe-Saar muss allen saarländischen Schüler:innen zugänglich gemacht
304 werden, um eigenständiges Aufholen von Lernlücken und den Zugang zu Literatur zu
305 fördern.

306 Die Pandemie hat offenbart, wie wenig die Beteiligten im Bildungswesen gehört
307 werden. Dieses Defizit dürfen wir in Zukunft nicht mehr hinnehmen. Wir wollen
308 die Schüler:innen, Lehrer:innen, Studierende und Eltern stärker mit einbeziehen.
309 Wir möchten deshalb die Mitbestimmungsmöglichkeiten stärken.

310 Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen aber auch über den schulischen Alltag
311 gestärkt werden. Deshalb wollen wir die politische Bildung im Saarland stärken
312 und die Defizite der Vergangenheit beheben. Wir prangern an: Die demokratische
313 und politische Bildung im Saarland wurde sukzessiv abgebaut, obwohl laut § 1 des
314 Schuldordnungsgesetzes (SchoG) die Hauptaufgabe der Schulen im Saarland darin
315 besteht, die Schüler:innen "zur Übernahme der sozialen und politischen Aufgaben
316 von Bürgerinnen und Bürgern im freiheitlich-demokratischen und sozialen
317 Rechtsstaat und zur Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der
318 freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu befähigen und sie zu der
319 verpflichtenden Idee des friedlichen Zusammenlebens der Völker hinzuführen."

320 Um diese Maxime des saarländischen Bildungssystems wieder zu erfüllen, müssen
321 die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört auch, dass auch innerhalb
322 der Schule Demokratie gelebt wird und die demokratischen
323 Mitbestimmungsmöglichkeiten gezielter beworben, effektiver gestaltet und
324 engagierter unterstützt werden, sodass mehr Kinder und Jugendliche selbst
325 demokratisch handeln können. Das könnte beispielsweise durch die Einführung von
326 Klassenräten (auch in der Studentafel) angeschoben werden. Wir als Grüne Jugend
327 Saar treten dafür ein, die demokratische und politische Bildung im Saarland
328 nachhaltig zu stärken und stetig zu optimieren. Somit fordern wir die
329 Wiedereinführung des Studiengangs der Politikwissenschaften auf Lehramt, als
330 Bachelor- und Masterstudiengang, die Wiedereinführung des Politikunterrichts an
331 Gymnasien ab Klassenstufe 8, die obligatorische Umsetzung von
332 demokratiebildenden Inhalten im Fach Gesellschaftswissenschaften an
333 Gemeinschaftsschulen, mehr feste Einstellungen von Politiklehrer:innen und die
334 Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schüler:innen.

335 Zur Stärkung der politischen Beteiligung und Mitbestimmung von Jugendlichen im
336 Saarland fordern wir die Absenkung des Wahlalters für Kommunal- und
337 Landtagswahlen auf 16 Jahre. Zusätzlich möchten wir den flächendeckenden Aufbau
338 von Jugendräten in allen saarländischen Gemeinden im Rahmen des
339 Kommunalselbstverwaltungsgesetzes als Aufgabe der Kreisjugendpflege.

340 Außerdem treten wir dafür ein, dass sich alle Schüler:innen an ihren Schulen
341 wohlfühlen und bestmögliche psychische Unterstützung erhalten. Es braucht nicht
342 nur dringend eine bessere Versorgung im Bereich der Psychotherapie, sondern auch
343 einen Ausbau niedrigschwelliger Beratungen und unkomplizierter Hilfsangebote an
344 den saarländischen Schulen, ähnlich wie an Universitäten. Auf bestehende

345 Angebote muss besser aufmerksam gemacht werden. Auch für die Zukunft müssen
346 dringend präventive Konzepte entwickelt werden. Wir wollen einen Lösungsplan
347 gegen Mobbing und Cybermobbing, der Auswege aus der Mobbingsituation aufzeigen
348 soll. Die Ausarbeitung kann beispielsweise zusammen mit dem Weißen Ring oder
349 anderen Hilfsorganisationen erfolgen.

350 Die Pandemie hat große Lernlücken hinterlassen. Wir begrüßen Angebote zur
351 Schließung der Lernlücken. Wir fordern dazu, die gut ausgebildeten Lehrkräfte
352 zusätzlich zu beschäftigen, die sich aufgrund der schlechten
353 Personalisierungspolitik des Bildungsministeriums Jahr zu Jahr von befristeter
354 zu befristeter - meist nicht vollen Stelle - hangeln müssen. Die würden gerne
355 oft Vollzeit arbeiten, können es aber nicht. Darüber hinaus muss auch die
356 Datenlage zur Personalisierung offen gelegt werden. Wir wollen langfristig mehr
357 Lehrkräfte mit festen Stellen und mehr Verbeamtungen.

358 Wir treten zudem für eine gerechte Entlohnung der Lehrkräfte ein und fordern
359 eine Eingruppierung aller Lehrkräfte im Saarland in die Besoldungsstufe A13.
360 Saarländische Grundschullehrkräfte haben im Bundesvergleich mit dem geringsten
361 Jahreseinkommen. Dabei leisten sie einen wichtigen Teil in unserem
362 Bildungssystem und legen den Grundstein für die spätere Laufbahn der vielen
363 Kinder in unserem Bundesland. Grundschul- und einige
364 Gemeinschaftsschullehrkräfte sind dabei sicher nicht weniger wert als ihre
365 Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien oder an den Förderschulen. Andere
366 Bundesländer, wie u. a. Thüringen oder auch Schleswig-Holstein haben hier schon
367 nachgebessert. Gerade in der Coronakrise wurden den Lehrkräften viel zugemutet.
368 Mehr Wertschätzung und Dankbarkeit muss sich auch im Gehalt zeigen. Schluss mit
369 dem Sparkurs in der Bildung!

370 Des Weiteren soll die gymnasiale Oberstufe an mehr Gemeinschaftsschulen
371 etabliert werden. Somit besteht an mehr Standorten eine Wahlfreiheit zwischen G8
372 und G9 für die Eltern, und es kann individuell entschieden werden.

373 Der Zeitdruck, der auf den Schüler:innen lastet, wird an den
374 Gemeinschaftsschulen somit gesenkt, die Schüler:innen haben die Möglichkeit ihre
375 Noten zu verbessern und können sich Gedanken über ihren zukünftigen Weg machen.
376 Wir wollen die besten Voraussetzungen für die Kleinsten schaffen und fordern
377 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kitas, weitere
378 finanzielle Entlastungen der Eltern und ausreichend Kitaplätze im ganzen
379 Saarland.

380 Abseits dessen möchten wir den Sportunterricht an den saarländischen Schulen
381 reformieren: Ein neues Fach Gesundheit soll Aspekte über gesunde Ernährung
382 beinhalten. Der Leistungsdruck im Sportunterricht muss abgeschafft werden. Die
383 sportlichen Aktivitäten in der Schule sollen Spaß machen, auf die Gesundheit
384 ausgerichtet sein und somit die Schüler:innen auch über die Schule hinaus für
385 Sport begeistern, statt sie mit schlechten Noten zu demotivieren. Hierzu könnten
386 Schulen mit Sportvereinen aus der Umgebung kooperieren.

387 Viele Menschen investieren auch hier im Saarland einen Großteil ihrer Freizeit,
388 um sich in Vereinen zu engagieren. Viele dieser Vereine sind wichtig für unser
389 gesellschaftliches Leben und Teilhabe. Das beginnt beim Roten Kreuz und endet
390 bei den Freiwilligen Feuerwehren. Für diese Vereine ist es wichtig, dass wir
391 unnötige Bürokratie abbauen, Gelder bereitstellen, und im Falle von
392 Hilfsorganisationen beispielsweise auch eine solide Finanzierung garantieren. Es

393 ist notwendig, dass die Hilfsorganisationen unterstützt und geschützt werden und
394 dafür die beste Ausrüstung und den Rückhalt aus der Politik bekommen. Wir
395 möchten mit den Hilfsorganisationen gemeinsam einen Plan ausarbeiten, wie wir
396 ihre Arbeit besser und effizienter unterstützen können.

397 Corona und Gesundheit

398 Die letzten beiden Jahre in der aktiven Pandemie haben einige Lücken und Fehler
399 im Gesundheitssystem offengelegt. Der seit Jahren herrschende Fachkräftemangel
400 hat sich hier am meisten bemerkbar gemacht. Nur mit wenigen Mitteln wurde bisher
401 seitens der Regierung versucht, den Pflegeberuf für junge Menschen attraktiver
402 zu machen. Mit der Einführung der Generalistik wurde ein europaweit anerkannter
403 Abschluss in den drei Disziplinen der Pflege geschaffen, jedoch haben sich damit
404 nicht die Ausbildungsbedingungen verbessert. Mit hohem Arbeitspensum und
405 körperlicher Belastung, bei gleichbleibend geringen Löhnen zieht es kaum junge
406 Menschen in die Pflege. Deswegen müssen mindestens landesweit bessere Tarife und
407 Ausbildungsvergütungen explizit für Care-Berufe ausgehandelt werden, das reine
408 Ermahnen der verantwortlichen Träger reicht bei weitem nicht aus. Darüber hinaus
409 genügt es nicht, in Zeiten des Notstandes Personalgrenzen hochzusetzen oder
410 Arbeitszeiten zu verlängern. Rechte der Arbeitnehmenden müssen mehr geachtet
411 werden.

412 Der Umgang mit Covid-19 an Schulen im Saarland war bisher größtenteils wenig
413 nachvollziehbar oder durchzogen von plötzlichen undurchdachten Entscheidungen.
414 Lehrpersonen, Schulleitungen und Schüler:innen müssen sich auf Politik und
415 Regeln einstellen können, um Sicherheit, Effizienz und Kongruenz sichern zu
416 können. Zu kurzfristige Planung gilt es zu vermeiden, stattdessen müssen
417 langfristige Maßnahmen, die sich bisher als wirksam herausgestellt haben, als
418 nachvollziehbarer Handlungsplan festgehalten werden. Ebenso muss das hohe
419 Infektionsrisiko an Schulen anerkannt werden und entsprechende Maßnahmen zum
420 Schutz Schüler:innen sowie Lehrpersonen bedacht werden. Insgesamt wollen wir
421 einen einheitlichen, verständlichen sowie verbindlichen Plan, der in dieser
422 Krisenzeit Stabilität bieten kann. Auch die Kommunikation von Maßnahmen im
423 Bildungsbereich ist ungenügend. Dienstanweisungen per Facebook und Co. werden
424 weder den Beteiligten noch dem Virus gerecht.

425 Verkehr

426 Fakten wie "von 970 von 1000 Einwohnern im Saarland haben einen PKW" stellen die
427 verkehrspolitische Realität kurz und knapp dar. Ein Führerschein bzw. ein Auto
428 bedeutet nicht nur einen immens hohen finanziellen Aufwand für junge Menschen,
429 Minderjährige fällt diese Möglichkeit sogar vollständig weg. Der öffentliche
430 Personennahverkehr (ÖPNV) muss für alle zugänglich, sicher und flexibel sein.
431 Deshalb fordern wir, dass die Taktungen, insbesondere im ländlichen Raum, besser
432 werden, sodass man in unter 2 Stunden jeden Ort im Saarland sicher und flexibel
433 erreichen kann. Hohe Taktung, neue Strecken, mehr Umstiegsmöglichkeiten in alle
434 Richtungen. Die Priorität liegt darin, eine Alternative zum Auto darzustellen.
435 Bezahlbare Tickets - mit dem Einstieg in ein 365 € Modell bis hin zu einem
436 kostenlosen ÖPNV wie in Luxemburg - sollten die Zielsetzungen im ÖPNV für die
437 nächsten Jahrzehnte werden. Wir wollen so den Fokus auf Neukund:innengewinnung

438 legen. Dieser Aspekt wurde in der jüngsten SaarVV-Tarifreform schlicht
439 vergessen. Eine Wasserstoff-Busstrategie soll Planung von Wasserstoffdepots,
440 Linienbetrieb und Umsetzung landesweit sicherstellen. Eine Transformation zu
441 sauberen Antriebstechnologien im Beförderungssektor ist unerlässlich und muss
442 zur saarlandweiten Anwendung erprobt werden. Wir wollen eine Fahrradinitiative
443 Saar, die für den dringenden Radwegausbau im Land sorgt. Wir fordern von Autos
444 getrennt befahrene biking lanes und Fahrradstraßen, mit denen der Beginn des
445 Fahrradverkehrsnetzes 2029 und die Vernetzung des Saarlandes
446 gemeindeübergreifend und landesweit gestaltet werden kann. Sharingsysteme wie
447 Leihfahrradsysteme oder mietbare Lastenräder sind zentrales Element der
448 Mobilitätswende. Diese sind allen Gesellschaftsschichten finanziell zugänglich.
449 Ein Tempolimit auf allen Autobahnen von 130 km/h sehen wir als notwendiges und
450 einfaches Mittel an, CO₂-Emissionen zu reduzieren und die Verkehrssicherheit
451 langfristig zu erhöhen. Für uns ist eine volkswirtschaftliche Betrachtung der
452 verkehrspolitischen Disziplin maßgeblich zur Erarbeitung eines
453 Verkehrskonzeptes. So stellt die Finanzierung von Straßenbauarbeiten und
454 Investitionen in neue Straßen Milliardenkosten dar. Das steht für eine
455 Autopolitik der 50er und 60er Jahre, die wir ablehnen.

456 Dabei transportiert der öffentliche Personennahverkehr mehr Personen für
457 deutlich weniger Kosten. Auch gehört es zum Realismus des 21. Jahrhunderts, dass
458 Individualverkehr wie bisher nicht weiter möglich ist.

459 Digitalisierung

460 Die Corona-Krise zeigt einmal mehr auf, wie wichtig und wie vernachlässigt die
461 Digitalisierung im Saarland ist. Großes Negativbeispiel ist hier der quasi über
462 Nacht organisierte Distanzunterricht zu Beginn der Pandemie, der vor allem durch
463 dürftige Organisation und mangelnde Unterstützung für Lehrer:innen
464 gekennzeichnet war.

465 Digitales Arbeiten, und das ist schon seit langem klar, gehört zu den
466 wichtigsten Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts, deswegen sollten wichtige digitale
467 Kompetenzen auch in den saarländischen Lehrplänen verankert werden.

468 Auch der Kontakt auf den saarländischen Ämtern vor Ort sollte im Rahmen der
469 Pandemie und darüber hinaus auf ein Minimum reduziert werden. Deswegen fordern
470 wir die Digitalisierung der Ämter im Saarland, um einen einfachen und
471 niedrigschwelligen Kontakt mit diesen zu ermöglichen. So sollen langfristig alle
472 Behördengänge einheitlich von zu Hause aus möglich sein. Langfristig spart das
473 auch Kosten.

474 Die digitale Infrastruktur des Landes kann nicht weiter warten: Nach knapp 20-
475 jährigen schleichendem Ausbau muss das Land nun Mut fassen. Die Angebote, die
476 später auf dieser Infrastruktur basieren, z. B. autonome Shuttlebusssysteme,
477 können nur durch Investitionen und Strategien aufgebaut werden.

478 Zudem soll die transparente Darlegung der Ratsaktivitäten der Kommunen nicht nur
479 in analoger Form, sondern auch digital erfolgen. Die barrierefreie Gestaltung
480 der kommunalen Websites dient der Inklusion, deshalb wollen wir, dass die
481 Landesregierung Leitfäden zur Erstellung und Überarbeitung barrierefreier
482 Websites für kommunale Angelegenheiten erstellt und veröffentlicht.

483 Um außerdem den negativen Folgen des Strukturwandels - wie dem Aussterben von
484 Innenstädten bzw. Ortskernen entgegenzuwirken, diese wiederzubeleben, zu
485 erhalten und attraktiver zu gestalten, fordern wir die Etablierung eines
486 saarländischen Online-Marktplatzes, der dem saarländischen Einzelhandel die
487 Möglichkeit bietet, online seine Ware zu vermarkten und zu verkaufen, fernab von
488 digitalem Konkurrenzdruck zu Online-Handel-Giganten. Dieser digitale Marktplatz
489 sichert nicht nur den Erhalt des saarländischen Einzelhandels, er bietet zudem
490 Vernetzungsmöglichkeiten innerhalb des Landes und wirkt dem Verfall von analogen
491 Angeboten entgegen.

492 **Ausblick**

493 Wir sind die jungen, engagierten Menschen, die unsere Mutterpartei Bündnis
494 90/Die Grünen Saarland stets kritisch begleiten: Wir arbeiten konstruktiv mit
495 ihr zusammen, sind aber autonom.

496 Mit diesem Kurzwahlprogramm wollen wir innerhalb und außerhalb des
497 Programmprozesses von Bündnis 90/Die Grünen Saarland zur Landtagswahl 2022 für
498 unsere Ziele, für die Belange der jungen Menschen streiten. Wir wollen und wir
499 werden eine starke inhaltliche sowie personelle Rolle bei unserer Mutterpartei
500 spielen, so wie in der Vergangenheit auch.

501 Als ökologischer, queerfeministischer, sozialer und linksliberaler Jugendverband
502 stehen wir für nachhaltige Politik im Saarland. Wir kämpfen für eine lebenswerte
503 Zukunft, wir kämpfen für die jungen Menschen in unserem Land. Das ist der
504 Anspruch, den wir stets an uns selbst stellen. Wir haben Lust auf Zukunft!